

Liebe alle hier Versammelten, liebe Kinder und Jugendliche, liebe Eltern, Großeltern, Familien und alle, die ich vergessen habe aufzuzählen,
heute, am 1. September, dem Antikriegstag, stehen wir hier mit einer einfachen, aber immer dringlicheren Forderung:

Nie wieder Krieg.

Nie wieder Wehrpflicht.

Nie wieder Aufrüstung auf Kosten unserer Kinder und ihrer Zukunft.

Ich spreche heute in Vertretung der **ELTERN GEGEN WEHRPFLICHT BERLIN**.

Uns gibt es seit Januar. Wir beteiligen uns an Schulstreiks, protestieren gegen Bundeswehrwerbung und Karriereberatung an Schulen und organisieren Aufklärung und Vernetzung.

Vor allem aber sind wir hier, weil wir als Erwachsene Verantwortung übernehmen wollen: für das, was wir unseren Kindern und Jugendlichen hinterlassen.

Denn es geht um eine ganze Generation, deren Zukunft zunehmend von Krieg, Aufrüstung und militärischer Logik geprägt wird – und die daran verzweifelt.

Viele von uns kennen die „Das hat mir doch auch nicht geschadet“-Stimmen. Die Bundeswehr wird als Ort verkauft, an dem junge Menschen Disziplin, Kameradschaft und Verantwortung lernen. Dort soll ihnen der „Schlendrian“ ausgetrieben werden – so, wie es sich beispielsweise unser CDU-Spitzenkandidat in Berlin vorstellt.

Dabei ist das vor allem ein Armutszeugnis.

Wenn junge Menschen erst beim Militär lernen sollen, wie Disziplin und solidarisches Zusammenleben funktionieren, was haben wir Erwachsenen dann eigentlich vorher falsch gemacht?

Was sagen wir unseren Kindern, wenn wir ihnen erklären, wie kostbar ihr Leben ist – und gleichzeitig akzeptieren, dass sie im Ernstfall an die Front geschickt werden?

Was sagen wir ihnen, wenn wir von Frieden sprechen und gleichzeitig immer mehr Geld in Waffen und militärische Infrastruktur stecken?

Der Antikriegstag erinnert uns daran, wohin diese Logik führen kann.

Heute vor 87 Jahren überfiel die deutsche Wehrmacht Polen. Der Zweite Weltkrieg begann – mit Millionen Toten und unermesslichem Leid.

Und heute hören wir wieder Forderungen, Deutschland müsse sich militärisch auf einen großen Krieg vorbereiten und Europa anführen.

Wir aber stehen heute hier, um Nein zu sagen.

Krieg beginnt nicht erst dort, wo geschossen wird.

Krieg beginnt auch dort, wo Aufrüstung als alternativlos gilt. Wo militärische Stärke als Antwort auf gesellschaftliche Probleme verkauft wird. Wo junge Menschen mit Hochglanzbroschüren für den Dienst an der Waffe gewonnen werden sollen und Bundeswehr-Tarnfarben unser Stadtbild verschandeln.

Daran dürfen wir uns nicht gewöhnen.

Nicht an das Gejohle über Abschiebezentren in Drittstaaten. Nicht an Äußerungen israelischer Politiker, täglich möglichst viele Palästinenser*innen zu töten.

Und nicht an eine deutsche Empörung darüber, die angesichts des bereits lange vor dem 7. Oktober andauernden Sterbens im Gazastreifen scheinheilig und geheuchelt wirkt. Wie kann man glaubwürdig eine Demokratie verteidigen, wenn Kritik an israelischer Politik pauschal als Antisemitismus behandelt und Demonstrierende gegen das Leid zu Staatsfeinden erklärt werden?

Und wer sind die nächsten Staatsfeinde?

Vielleicht diejenigen, die sich gegen die Wehrpflicht stellen. Vielleicht diejenigen, die sich verweigern.

Wir sehen weltweit Kriege und bewaffnete Konflikte. Zerstörte Städte, traumatisierte Kinder und Menschen, die ihre Familien, Wohnungen, Schulen, Zukunft und ihr Leben verlieren.

Der Antikriegstag erinnert uns:

Krieg trifft Menschen.

Menschen, die keine politische Entscheidung getroffen haben und trotzdem deren Konsequenzen tragen müssen.

Wir können nicht glaubwürdig „Nie wieder“ sagen, wenn wir gleichzeitig das Leid anderer Menschen relativieren.

Jedes Menschenleben zählt.

In der Ukraine und in Russland. In Gaza und Israel. Im Iran und im Sudan.

Überall.

Und trotzdem wird über Waffenlieferungen, Rüstungsausgaben und militärische Einsatzfähigkeit gesprochen, als wären das technische Sachfragen.

Sind sie nicht.

Deshalb müssen wir fragen: Wessen Interessen sollen eigentlich verteidigt werden?

Wenn junge Menschen an die Front geschickt werden, um deutsche Interessen zu verteidigen, kämpfen sie nicht für ihre Familie, ihre Wohnung oder ihren Arbeitsplatz.

Sie kämpfen für politische Entscheidungen, die andere getroffen haben.

Und sie sollen für diese Interessen töten und getötet werden.

Der Feind ist dabei nicht ihr persönlicher Feind. Vielleicht steht ihnen ein junger Mensch gegenüber, der genauso wenig gefragt wurde, ob er diesen Krieg führen will.

Vielleicht wären die beiden unter anderen Umständen sogar Freunde geworden.

Genau das ist der Wahnsinn des Krieges.

Deshalb sagen wir:

Kein Mensch ist Kanonenfutter.

Nicht unsere Kinder. Nicht die Kinder anderer Eltern. Nicht junge Menschen hier und nicht junge Menschen irgendwo auf dieser Welt.

Wir brauchen keine Aufrüstung und keine Freiheit, die am Hindukusch, in der Ukraine oder im Schützenverein verteidigt wird.

Wir brauchen Widerstand.

Und wir müssen über die gesellschaftlichen Interessenkonflikte sprechen, die hinter dieser Politik stehen.

Es gibt **Armut und Reichtum. Kapital und Lohnarbeit. Menschen, die von ihrer Arbeit leben müssen, und Menschen, die von der Arbeit anderer profitieren.**

Die viel beschworene harmonische deutsche Gemeinschaft ist eine politische Erzählung – keine gesellschaftliche Realität.

Das nationale „**Wir**“ wird nicht nur zur Fußball-WM aus den Schubladen geholt.

Es soll uns suggerieren: Wir sitzen alle im selben Boot. Wir haben alle dieselben Interessen. Und wenn es darauf ankommt, müssen wir gemeinsam für „unsere“ Heimat und unser Vaterland eintreten.

Wir lassen uns dieses „Wir“ nicht einreden.

Denn während Menschen um bezahlbare Wohnungen, steigende Lebensmittelpreise und sichere Arbeitsplätze kämpfen, werden Milliarden für Aufrüstung bereitgestellt.

Während Jugendzentren geschlossen und soziale Angebote gekürzt werden, heißt es gleichzeitig:

Für militärische Sicherheit ist immer noch Geld da.

Und dann sollen ausgerechnet junge Menschen die Konsequenzen tragen?

Wir sagen: Kein Mensch, kein Cent für Krieg und Aufrüstung!

Denn Sicherheit bedeutet etwas anderes.

Sicherheit bedeutet ein Dach über dem Kopf.

Sicherheit bedeutet, nicht in Armut leben zu müssen.

Sicherheit bedeutet, unabhängig von Herkunft und Pass sicher leben zu können.

Und Sicherheit bedeutet vor allem:

Dass unsere Kinder und Enkelkinder nicht lernen müssen, wie man einen Krieg führt, sondern wie man Kriege verhindert.

Unsere Kinder schulden diesem Staat nichts.

Schon gar nicht ihr Leben.

Deshalb feiern wir die schulstreikenden und kriegsdienstverweigernden jungen Menschen. Wir unterstützen ihre Streiks, ihre Aktionen und ihren Widerstand gegen staatliche Repression.

Sie kämpfen für eine friedliche Zukunft und ein solidarisches Miteinander – ohne Grenzen im Kopf und auf der Landkarte.

Dafür sind wir als Eltern dankbar.

Und wir kämpfen dafür, dass sie niemals kämpfen müssen.

Das ist für uns die eigentliche Bedeutung des Antikriegstags.

Genau deshalb organisieren wir uns als **ELTERN GEGEN WEHRPFLICHT BERLIN**.

Denn wenn wir wollen, dass unsere Kinder Nein zum Krieg sagen können, müssen wir

Erwachsenen selbst den Mut haben, Nein zu sagen.

Nein zum Aufrüstungs- und Kriegstaukel.

Wir sollten unseren Kindern etwas anderes ermöglichen:

Mut. Solidarität. Widerstand. Und die Hoffnung auf eine friedliche und solidarische Gesellschaft.

Deshalb sagen wir heute:

Nie wieder Krieg!

Nie wieder Wehrpflicht!

Keine Bundeswehr an Schulen!

Kein Mensch, kein Cent für Krieg und Aufrüstung!

Und vor allem:

Niemals die Hoffnung auf eine friedliche und solidarische Gesellschaft aufgeben!

Vielen Dank!